

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Max W. L. ...

Verlagsgesellschaft ...

Verlag: ...

Die Lohnfürzungsverordnung aufgehoben

Das Ergebnis des Kabinettsrates

Berlin, 14. Dezember. Die Reichsregierung hat heute die Aufhebung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsbeschäftigung vom 5. September 1932 beschlossen.

Die Verordnung, die das Datum vom 14. Dezember trägt und mit ihrer Verkündung in Kraft tritt, hat folgenden Wortlaut:

1. Die Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsbeschäftigung vom 5. September 1932 (Reichsgesetzblatt I Seite 433) tritt hinsichtlich ihres ersten Teiles am 31. Dezember 1932, im übrigen am 31. Januar 1933 außer Kraft. (Der zweite Teil der Verordnung vom 5. September ermächtigte den Schlichter, für gefährdete Betriebe auf tariflichem Gebiete Erleichterungen zu gewähren.)

2. Hat ein Arbeitgeber am Tage der Verkündung der vorliegenden Verordnung von dem ersten Teil der Verordnung vom 5. September 1932 Gebrauch gemacht und nachweislich Aufträge übernommen, deren Erfüllung ihm bei Wegfall der Tariflohnunterbrechung erheblichen Schaden verursachen würde, so kann auf seinen Antrag der Schlichter für den Betrieb oder die Betriebsabteilung mit bindender Wirkung anordnen, daß die Berechtigung oder Ermächtigung zur Tariflohnunterbrechung unter den bisherigen gesetzlichen Voraussetzungen bis zum 31. Januar 1933 bestehen bleibt. Anträge, die nach dem 31. Dezember 1932 bei dem Schlichter eingehen, sind nicht zu berücksichtigen.

Verordnung über Dr. Gerok's Arbeitsbereich

Vorläufig „freiwilliger Arbeitsdienst“ für Studenten

Berlin, 14. Dez. Die dem Reichskommissar für die Arbeitsbeschaffung, Dr. Gerok, zugehenden Befugnisse hat das Reichskabinett heute im Rahmen einer Notverordnung

erweitert, die am Donnerstag zur Veröffentlichung kommen wird. Danach sind die Funktionen des Reichskommissars so beschaffen, daß er gewissermaßen als Zentralkstelle für die Arbeitsbeschaffung gilt und Vorschläge und Anregungen zu geben hat. Die Arbeitsgebiete der Ressortministerien werden durch den Reichskommissar für die Arbeitsbeschaffung nicht berührt werden. Als feststehend kann gelten, daß 1,5 Milliarden Mark für die Arbeitsbeschaffung zur Verfügung steht unter entsprechender Mithilfe der Reichsbank.

Weiter hat das Kabinett eine Erörterung über das von dem früheren Reichsminister v. Papen in Aussicht gestellte Verfahren für die studierende Jugend gepflogen. Diese Erörterung hat dazu geführt, daß man von einer Pflichtarbeit Abhand genommen hat, weil sich bis zum 1. April die finanziellen und auch die technischen Voraussetzungen nicht regeln lassen. Das Reichskabinett und das Reichsarbeitsministerium sind jedoch beauftragt worden, die freiwillige Teilnahme der akademischen Jugend am Arbeitsdienst zu organisieren. Für die endgültige Gestaltung der Winterhilfe sollen die beteiligten Ministerien bis zur nächsten Kabinettsitzung, die am Donnerstag stattfinden wird, Vorschläge ausarbeiten.

Wie verlautet, hat sich das Kabinett in seiner Sitzung auch mit Vorklagen beschäftigt. Besonders hand die Verlängerung des Reichs- und Bundesrats zur Entscheidung. Das Reichskabinett wird in nächster Zeit bedeutungsvolle grundsätzliche Entscheidungen über

Weitere in Aussicht genommene Kollerhöhungen

treffen müssen, da verschiedene Handelsverträge ablaufen. Wie verlautet, wird der Reichsernährungsminister Kautzungen Erleichterungsmöglichkeiten nicht vorschlagen. Dagegen soll aber eine Kollerhöhung für Eier, Speck, Schmalz, Rinder, Schafe, Fische und einige Holzsorten verlangt werden.

Die Parteien um Schleicher

Die innere Entwicklung in Deutschland ist seit der Vertagung des Reichstags durch eine fortschreitende Umgruppierung der Parteien um das Kabinett Schleicher gekennzeichnet. Schon jetzt ist die Einteilung der einzelnen parlamentarischen Gruppen zur Reichsregierung eine wesentlich andere als gegenüber dem Kabinett Papen, obwohl doch eigentlich nur die Spitze gewechselt wurde und, abgesehen vom Reichsarbeitsminister, die Personen die gleichen geblieben sind. Was sich aber verändert hat, das ist die ganze Richtung, in der die neuen alten Männer stehen. Sie äußert sich vorläufig, bis der Kanzler in seiner Mundfunkrede den positiven Teil seines Programms aufzeigt, darin, daß die unter Papens Führung getroffenen Maßnahmen eine nach der anderen abgebaut werden. Die am Wiederanleben des Weimarer Systems interessierten Parteien sehen darin — ob mit Recht oder Unrecht, sei dahingestellt — einen Rückzug von der autoritären zur parlamentarischen Staatsführung, und sind mehr denn je geneigt, Schleicher als den „sozialen“, ja sogar den „roten“ General zu betrachten, der als „das kleinere Übel“ so wie einst Brüning, hingenommen werden müsse, um den „Nationalismus“ und die „Reaktion“ von der Macht fernzuhalten. Wenn der Reichskanzler diese Illusionen der Linken nicht durch sein Programm und seine nächsten Regierungshandlungen zerstreut, dann kann man voraussehen, daß der Reichstag im Januar schon wieder in einer veränderten politischen Konstellation zusammentreten wird.

Nutzt man die parlamentarische Front von rechts nach links, so kommt man zu der Feststellung, daß sich die Opposition der Nationalsozialisten eher verfestigt als abgeschwächt hat. Diejenigen, welche in der nationalsozialistischen Zustimmung zur Vertagung eine Tolerierung Schleichers oder wenigstens den Übergang zur Tolerierung sehen wollten, werden durch die neuen Richtlinien Dillers demontiert, die nichts von Radikalität spüren lassen, sondern ganz auf Fortsetzung des Kampfes um die Macht eingestellt sind. Die Erfüllung verschiedener nationalsozialistischer Forderungen durch die Regierung wird nicht als Abschlagszahlung im Hinblick auf die Einigung gewertet, sondern — um mit Rosenberg zu reden — als „teilweise Kapitulation vor Adolf Hitler“. Auch Streubers mahnender Generallinje der NSDAP, nicht in eine mehr realpolitische Richtung abbiegen können. So wie die Tugue hier liegen, müßten Schleichers Staatsmännlicher Kunst schon Wunderdinge aeklingen, wenn er in den vier Wochen, die zur Vertagung stehen, die nationalsozialistische Opposition ausschalten will.

Aber auch bei der hartnäckigen bürgerlichen Rechtsparlei, dem Deutschnationalen, in eine stimmungsabhängige Wandlung im Gange, die zwar noch nicht zur Opposition, aber doch schon zu einer weitgehenden Disziplinierung vom Kabinett Schleicher geführt hat. Während Papen in jedem Falle die deutschnationalen Unterstützung erhielt, enthielt sich die Fraktion bei den Reichstagsentscheidungen zum erstenmal der Stimme. Sie verweist es dem neuen Kanzler, daß er dieses Wiederanlebens des Parlamentarismus überhaupt ermöglicht hat, und besonders, daß er dem Reichstag mit der Annahmewilligung einen so hohen Preis für die kurze Selbstauschaltung bis zum Januar bezahlt hat. Da Dugener immerhin einer von Hindenburg berufenen Regierung nicht von vornherein den Kampf ansagen kann, hat er sich aufs Abwarten verlegt, um sie nach ihren Taten zu beurteilen. Aber auch die erste Tat hat nicht befriedigt, wie man aus der überaus scharfen Kritik des deutschnationalen Präsidialrates an Schleichers Zustimmung zur Weimarer Vereinbarung und zu Deutschlands Rückkehr zur Abrüstungskonferenz sieht. In gleicher Zeit hat der Parteiführer selbst in einem vielbeachteten Artikel die personelle Zusammensetzung des Kabinetts bemängelt, die nach seiner Ansicht schon Papens Misserfolg verschuldet hat. Aus allen diesen Vorgängen spricht eine deutliche Warnung, daß die veraltete Genarrschicht der Deutschnationalen zum Kabinett Schleicher um so offener und betonter werden wird, je mehr es nach links hin Anlehnung sucht.

Daraus ergibt sich von selbst, daß Brüning als der alte Gegenspieler Dugeners nach Kräften bemüht ist, eine solche Vorklärung Schleichers zu fördern und ihn so hart als möglich darauf hinzuwirken, bereit, unter Schleicher die Stellung einzunehmen, die bislang die Deutschnationalen als Papens parlamentarische Hausmacht innegehabt haben. Was die Deutschnationalen Schleicher verdenken, das dankt ihm das Zentrum: daß durch sein Vertreten der Parteireihe Papen ausgeschaltet wurde, daß das parlamentarische System wieder einen Anlauf nehmen konnte, und vor allem, daß das Zentrum auf diese Weise wieder zu maßgebendem Einfluß gekommen ist. Es besitzt sich denn auch schon, seine Dankbarkeit zu beweisen, indem es unter Zurückstellung eigener Wünsche die bisher vom Zentrum selbst angebotene preussische Lösung zusammen mit den Nationalsozialisten hintertriebt, zum mindesten in einer Form, die der Reichsregierung Schwierigkeiten bereiten könnte. Die Zentrumsführer haben aber auch die Dankeschuld nicht vergessen, die sie seit Brünings Zeiten noch an

Die Kongresskreise über Frankreich erbittert

Amerika wird Nichtzahlung ignorieren

Washington, 14. Dez. Die französische Zahlungsweigerung hat in amtlichen Washington Kreisen wie eine Bombe eingeschlagen, da sie schloß hatten, daß Frankreich noch im letzten Augenblick zahlen würde. Die französische Entscheidung wird in politischen Kreisen als ein schwerer Fehler betrachtet, die eine später zu erwartende Kriegsschuldenrevision nahezu unmöglich macht.

Die Kongresskreise sind zum Teil über Frankreichs Weigerung erbittert und wollen erneut darauf hin, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bereits drei Viertel der französischen Kriegsschulden gezahlt habe.

Derner wird gesagt, daß Frankreich am wenigsten von der Krise betroffen worden sei, Goldvorräte aufgeschwemmt habe und Millionen finanziere, so daß es ohne weiteres zahlen könne. In politischen Kreisen wird anerkannt, daß die französische Entscheidung politische Natur sei, andererseits aber darauf hingewiesen, daß Frankreich selbst als Großgläubiger einen gefährlichen Präzedenzfall für die Schuldner Frankreichs geschaffen habe.

Die Regierung der Vereinigten Staaten wird offiziell die Nichtzahlung der französischen Devisenrate ignorieren.

Die meisten Pressekommentare betonen, daß die förmliche Entscheidung des französischen Parlaments als Antwort auf die unangenehme Haltung des amerikanischen Kongresses zu betrachten sei.

Paris, 14. Dez. Der französische Botschafter in Washington ist angewiesen worden, Staatssekretär Timson mitzuteilen, daß die Regierung Derrail lediglich mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt sei und daher nicht mehr die Zuständigkeit zur Fortführung der Verhandlung mit den Vereinigten Staaten besitze.

Chamberlain über die Kriegsschuldenfrage

London, 14. Dez. Schatzkanzler Chamberlain eröffnete heute in Abwesenheit Macdonalds die allgemeine mit großer Spannung erwartete Unterhausdebatte über die Kriegsschulden mit einer Rede, in der er betonte,

wie hart der Restriktionen Englands für seine Forderung auf Revision der ganzen Angelegenheit sei.

Hoover habe seinerzeit nicht nur ein Moratorium für die Kriegsschulden vorgeschlagen, sondern implizite den Zusammenhang zwischen Kriegsschulden und Reparationen anerkannt, weil er vorhielt, daß alle zwischenstaatlichen Schulden inopiert werden sollten. Wenn in Vansane ein Vertreter der Vereinigten Staaten anwesend gewesen wäre, dann hätte vielleicht eine endgültige Regelung erreicht werden können. Aber so sei nur eine Teilregelung möglich gewesen, und die europäischen Mächte rechneten damit, daß sie in der Lage sein würden, die Dis-

ussion nach den amerikanischen Wahlen anzuknüpfen. Chamberlain unterrichtete, daß die Regierung eine Zahlungsweigerung der Devisenrate nicht in Erwägung ziehen konnte. Die Verweigerung der Zahlung einer Summe, von der sie nicht wahrheitsgemäß behaupten könnten, daß sie zu deren Leistung nicht in der Lage sind, würde in der ganzen Welt Rückwirkungen haben und könnte als Rechtfertigung für andere Schuldverweigerungen angenommen werden.

Die Zahlung würde morgen in Gold in New York erfolgen, und zwar auf Grund einer Vereinbarung zwischen der Federal Reserve Bank und der Bank von England.

Diese Zahlung würde ein Defizit von 29,5 Millionen Pfund Sterling mit sich bringen, das gedeckt werden soll teils durch einen Rückgriff auf die niedrigeren Rindraten für Staatsanleihen und teils durch Beträge, die für den Amortisationsfonds vorgehalten sind.

Am Schluß seiner Rede, die von dem ganzen Haus mit größter Aufmerksamkeit und Sympathie angehört wurde, erklärte Chamberlain: Er wünsche ernstlich, eine endgültige und befriedigende Regelung mit den Vereinigten Staaten zu treffen, es sei wichtig, daß alles mögliche getan werde, um die in Vansane erzielte Regelung zu retten. Von der Erhaltung dieser Regelung werde die Fortsetzung der Harmonie unter den europäischen Nationen abhängen.

Im Verlauf der Debatte kam der Abgeordnete der Labour Party, Stafford Cripps, zum Wort, der die Abwicklungsposition der englischen Regierung in Westküste und betonte, daß eine aktivere Politik Englands in dieser Frage die Position des Landes in der Schuldfrage schärfen hätte.

Churchill warf der Regierung vor,

daß sie die Schuldfrage falsch behandle. Er erklärte im Hinblick auf die Haltung Frankreichs, daß England sehr, da es in seinen Verhandlungen mit Amerika keine Rücksicht auf Frankreich nehmen müsse, bessere Ausichten auf eine günstige Lösung hätte. England hätte niemals ge-
hatten dürfen, daß Frankreich zwar an die Vereinigten Staaten, nicht aber an England zahle.

Lord George's Rede wurde von den Konservativen ab-
lehrend, mit eifrigem Schwelgen und mit ironischen Zuträfen aufgenommen, während die Arbeiteropposition ihn durch Beifallssturmbegegnungen unterstützte. Lord George beharrte darauf, daß Chamberlain Verhandlungen mit Amerika hätte fördern und einweisen die Zahlung der Devisenrate hätte aufschieben müssen.

Es ist jetzt an der Zeit, fuhr Lord George fort, Deutschland anzufordern, noch irgend etwas zu zahlen. Ich bin sogar für Streckung der in Vansane vereinbarten 10 Millionen Pfund, und zwar angesichts der Tatsache, daß Deutschland schon 2 Milliarden Pfund bezahlt hat.

Als Lord George seine Rede beendet hatte, verließ die Mehrzahl der Unterhausmitglieder den Beratungsraum.

Vertical table on the left margin with various numbers and symbols.

Vertical table on the right margin with various numbers and symbols.